

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Reform für guten Nahverkehr und seiner Finanzierung vorbereiten**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

1. dass nur ein guter und attraktiver Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern die notwendigen Anreize für die erstmalige, erneute und vermehrte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs bietet. Dazu gehören
  - die Anbindung aller Dörfer und Ortsteile an die Städte,
  - eine gute Erreichbarkeit innerhalb der größeren Städte, von Stadt zu Stadt sowie von Region zu Region,
  - ein einfaches und einheitliches Tarifsystem,
  - die Verzahnung und Vernetzung öffentlicher Nahverkehrsangebote auf Schiene und Straße,
  - leichtes und sicheres Umsteigen,
  - garantierte Anschlüsse,
  - Fahrgastinformationen in Echtzeit und E-Ticketing sowie
  - kostengünstige Tickets bis hin zu kostenfreien Angeboten.
2. dass ein guter und attraktiver Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern ausreichend finanziert werden muss und dafür die Weichen zu stellen sind.

**II. Die Landesregierung wird aufgefordert,**

1. die zusätzlich vom Bund aus dem Klimapaket bereitgestellten Regionalisierungsmittel vollständig und zügig für ein verbessertes SPNV-Angebot einzusetzen.
2. die Voraussetzungen für eine Förderung von ÖPNV-Infrastrukturvorhaben über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu schaffen. Dafür muss
  - eine Strategie für förderfähige Vorhaben zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, für die Elektrifizierung von Strecken, die Ausweitung von Straßenbahnnetzen sowie für den Bau eines zweiten Kreuzungsbahnhofs auf der Insel Usedom entwickelt und der Integrierte Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern fortgeschrieben werden und
  - mit einer Landes-Kofinanzierung eine Investitionsoffensive für die Schiene beginnend ab 2022 im Landeshaushalt gesichert werden.
3. Möglichkeiten für eine Bundesförderung alternativer Antriebe im Schienenverkehr sowie den Einsatz wasserstoffbetriebener Brennstoffzellenzüge als Bestandteil der Wasserstoffstrategie auszuloten sowie sich erneut für eine Beteiligung am Pilotvorhaben zur Nutzung von Wasserstoff im Zugverkehr in der Prignitz unter Nutzung der Strecke Güstrow-Meyenburg einzusetzen.
4. eine Machbarkeitsstudie für die Weiterentwicklung der landeseigenen Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV) zu einem Landesverkehrsverbund zu erstellen und Durchtarifierungsverluste bei landeseinheitlicher Tarifstruktur zu ermitteln.
5. den Finanzbedarf für eine Ausweitung des sonstigen ÖPNV-Angebotes zu ermitteln mit dem Ziel, die Aufgabenträger mit Landesmitteln zusätzlich zu unterstützen.
6. die rechtlichen Voraussetzungen für die Kommunalisierung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr zu schaffen sowie ab dem kommenden Doppelhaushalt die Mittel dafür zunächst um 10 Mio. Euro pro Jahr aufzustocken, jährlich zu dynamisieren sowie schrittweise aus Landesmitteln zu finanzieren. Die dadurch freiwerdenden Regionalisierungsmittel sollen zur Kofinanzierung von GVFG-Vorhaben und die Stärkung des SPNV eingesetzt werden.
7. bis spätestens Ende April 2021 dem für Verkehr zuständigen Fachausschuss
  - die Strategie für GVFG-Vorhaben,
  - die Machbarkeitsstudie für einen Landesverkehrsverbund,
  - die Ermittlung des Finanzbedarfs für die Ausweitung des sonstigen ÖPNV-Angebotes sowie
  - ein Bericht über notwendige Maßnahmen zur Umsetzung oder Anpassung rechtlicher Grundlagen vorzulegen.

Ziel ist, an den Landtag der kommenden Legislatur gerichtete Empfehlungen für die Umsetzung nebst Mittelbereitstellung im Landeshaushalt zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung noch in dieser Legislatur vorzulegen.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Eine solche Reform des Nahverkehrs ist notwendig, um Mobilität als einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge zu sichern, die Klimaschutzziele zu erreichen sowie die Verkehrswende umzusetzen. Über einen längeren Zeitraum bedarf es besonderer Anstrengungen, den Einbruch an Fahrgästen als Folge der Pandemie wieder aufzuholen sowie mehr Menschen zur dauerhaften Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs zu bewegen. Dafür muss das Angebot deutlich verbessert werden. Einschnitte im Angebot oder höhere Ticketpreise wären dagegen kontraproduktiv.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen als Grundlagen für eine Verbesserung der Mobilität (Mobilitätsgarantie) und der dafür notwendigen finanziellen Unterstützung in der kommenden Legislatur dienen. Ziel ist, dem Landtag der nächsten Wahlperiode Empfehlungen und Anregungen zu geben, einen guten Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen und dessen Finanzierung zukunftssicher zu gestalten.